

MOTION von Dr. Marie-Therese Büsser-Beer (GP, Schwerzenbach), Willy Germann (CVP, Winterthur) und Vreni Müller-Hemmi (SP, Adliswil)

betreffend Verpflichtung der Schweiz zur Stabilisierung des CO₂-Ausstosses

Der Regierungsrat wird ersucht, dem Kantonsrat einen Massnahmenplan vorzulegen, mit dem die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass der Kanton Zürich die von der Schweiz in Zusammenhang mit der Klimakonvention von Rio eingegangene Verpflichtung (Stabilisierung des CO₂-Ausstosses bis zum Jahr 2000 auf dem Stand von 1990) einhalten kann.

Dr. Marie-Therese Büsser-Beer
Willy Germann
Vreni Müller-Hemmi

Begründung:

Die Schweiz hat sich anlässlich der Unterzeichnung der Klimakonvention an der Unced-Konferenz in Rio verbindlich dazu bereit erklärt, ihren CO₂-Ausstoss bis im Jahr 2000 auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren. Diese Verpflichtung betrifft nicht nur die Schweiz als Ganzes, sondern ebenso auch die einzelnen Kantone. Diese sind nun aufgerufen, Massnahmen zu ergreifen, um das Ziel zu erreichen

- A. Im Programm Energie 2000 des Bundes, mit welchem ebenfalls die Stabilisierung des CO₂-Ausstosses angestrebt wird, sind vorwiegend Massnahmen im Wärmebereich geplant. Im Bereich der energetischen Sanierung von Altbauten sind Subventionen des Bundes vorgesehen, daneben werden aber auch Massnahmen der Kantone erwartet. Denkbar wären etwa subventionierte Sanierungsprogramme für Altbauten oder ein Sanierungsobligatorium.
- B. Der grösste Produzent von CO₂ mit einem Anteil von etwa 40% ist der Verkehr. Dieser Anteil ist aufgrund einer Zunahme des Treibstoffverbrauchs von 3-4% pro Jahr zudem noch steigend mit einem ungebrochenen Trend. Massnahmen zur Verminderung des CO₂-Ausstosses des Motorfahrzeug- und Flugverkehrs kommen deshalb in Zusammenhang mit der CO₂-Problematik eine vorrangige Bedeutung zu. Durch die ungebremsen Verkehrszunahmen werden auch bereits erfolgreich durchgeführte Massnahmen im

Wärmebereich wieder zunichte gemacht. Durch Massnahmen zur Verminderung des Treibstoffverbrauchs, dem Weiterausbau und der Optimierung des öffentlichen Verkehrs mit zugehörigen flankierenden Massnahmen zur Sicherung des Umsteigeeffektes und durch die Förderung alternativer Systeme im Fahrzeugbau könnte hier Gegensteuer gegeben werden.

- C. Die längerfristige Entwicklung der CO₂-Emissionen kann ganz wesentlich durch Massnahmen im Siedlungsbereich beeinflusst werden. Beispielsweise durch eine Konzentration der baulichen Entwicklung auf Baugebiete im Einzugsbereich des öffentlichen Verkehrs und eine Reduktion der Baugebiete in durch den öffentlichen Verkehr schlecht erschlossenen ländlichen Räumen. Eine ausgeglichene Verteilung von Einwohnern, Arbeitsplätzen und Freizeitangeboten in den durch den öffentlichen Verkehr erschlossenen Gebieten ist anzustreben.
- D. Die Anwendung einer konsequenten Energiesparpolitik (Massnahmen im Tarifbereich, technische Verbesserungen des Wirkungsgrades, Abwärmenutzung) und eine Förderung erneuerbarer Energien tragen zu einer wesentlichen Senkung des CO₂-Ausstosses bei.
- E. Eine möglichst schnelle Einführung einer CO₂- und Energieabgabe auf Bundesebene ist zu unterstützen.